

Europäischer Krieg gegen Lebensmittel ignoriert Wasserverschmutzung

geschrieben von Chris Frey | 25. Mai 2023

Duggan Flanakin

Nach Angaben der [Weltgesundheitsorganisation](#) haben 31 Millionen Europäer keinen Zugang zu öffentlichen sanitären Einrichtungen und 48 Millionen zu Hause kein Leitungswasser. Mindestens 300.000 Europäer folgen der Praxis von San Francisco, offen zu defäkieren – allerdings auf dem Land und nicht auf öffentlichen Straßen. Aber genau wie in den Vereinigten Staaten ist die Wasserqualität dem „Klimawandel“ untergeordnet worden.

An einer anderen Front hat die Europäische Kommission ein „Nachhaltiges EU-Lebensmittelsystem“ beschlossen, eine Initiative, die darauf abzielt, die Agrarpolitik für die europäischen Landwirte von oben herab festzulegen – von Bürokraten, von denen die meisten noch nie ein Feld bestellt haben. Die in Tschechien ansässige Society for Animals kommentierte, dass ein verbindlicher Rahmen für ein nachhaltiges Lebensmittelsystem die Bereiche Umwelt, Klima, Wasser, Luft, Boden, die Auswirkungen auf Nutztiere für Lebensmittel sowie Handel, Transport, wirtschaftliche Instrumente und strenge Regeln für die Einfuhr von Lebensmitteln abdecken muss – Landwirte müssen sich nicht bewerben.

Im einstmals wohlhabenden Europa, so [berichtete](#) das Europäische Umweltbüro [EEB] im Jahr 2021, „läuft mehr als ein Fünftel aller Europäer Gefahr, in Armut oder soziale Ausgrenzung zu geraten, weil Lebensmittel als Ware und nicht als Menschenrecht angesehen werden. Nur Bürokraten können Europa retten, fügen sie hinzu. Die Landwirte müssen nicht konsultiert werden.“

Das EEB erklärte, dass „es absurd ist zu erwarten, dass man den Menschen einfach Informationen über den Nährwert oder die Nachhaltigkeit von Lebensmitteln gibt und sich darauf verlässt, dass sie (die Menschen) die ‚richtige‘ Wahl treffen“, und dass die von den Marktkräften verursachten Übel in der „Lebensmittelumgebung“ nicht zu bekämpfen sind. Nur wenn die politischen Entscheidungsträger „ihrer Rolle als Verteidiger des Gemeinwohls gerecht werden“ und „alle ihnen zur Verfügung stehenden politischen Instrumente einsetzen“, besteht die Hoffnung, dass die europäischen Essgewohnheiten den Forderungen der Bürokraten entsprechen werden.

Zu den bürokratischen „Lösungen“ gehört vor allem die Behauptung, dass „Europa eine moralische Verantwortung hat, die für unseren eigenen Lebensmittelkonsum benötigten Flächen und Ressourcen zu reduzieren“. Der

Grund? Wir leben „in einer Welt, in der das fruchtbare Land aufgrund des Klimawandels und der Umweltzerstörung schrumpft und die Weltbevölkerung wächst“.

Seltsamerweise berichtete die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen im Jahr 2021, dass die weltweite Wertschöpfung in der Land- und Forstwirtschaft sowie in der Fischerei zwischen 2000 und 2019 real um 73 Prozent gestiegen ist und die Gesamtproduktion von Primärkulturen im gleichen Zeitraum um 53 Prozent zugenommen hat. In der Landwirtschaft sind 27 Prozent der weltweiten Arbeitskräfte beschäftigt. [Tatsache ist, dass der Anstieg des Kohlendioxidgehalts in den letzten drei Jahrzehnten zu einer Zunahme des grünen Laubes in den Trockengebieten der Erde um 11 Prozent geführt hat.]

Ein Teil dieses großen Plans wurde bereits in den Niederlanden umgesetzt, wo die Regierung im Jahr 2022 einen Plan zum Kauf und zur Schließung von bis zu 3.000 Bauernhöfen „in der Nähe von ökologisch sensiblen Gebieten“ ankündigte, um die Naturschutzvorschriften der Europäischen Union einzuhalten. Konkret ist die Landwirtschaft für etwa die Hälfte der Stickstoffemissionen verantwortlich, die angeblich zum Verschwinden einheimischer Arten führen.

Die Europäische Volkspartei setzte sich für die Landwirte ein und bezeichnete die Landwirtschaft als „strategischen Sektor“, der für die Ernährungssicherheit in Europa und darüber hinaus sorgt und eine entscheidende Rolle für die Vitalität und die Wirtschaft der ländlichen Gemeinden spielt.

Die EVP wandte sich gegen das vorgeschlagene Gesetz zur Wiederherstellung der Natur und wies darauf hin, dass die Umsetzung bestehender Naturschutzgesetze zu bürokratischen Alpträumen und Planungsblockaden geführt habe, welche die wirtschaftliche Lebensfähigkeit des ländlichen Raums, die Ernährungssicherheit, die Erzeugung erneuerbarer Energien und wichtige Infrastrukturen gefährdeten. Solche Gesetze, so die EVP, seien ein direkter Angriff auf die Eigentumsrechte, und 10 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen aus der Produktion zu nehmen, sei äußerst unverantwortlich.

Zum Leidwesen der Planer hat die Bauern-Bürger-Bewegung (BBB), die 2019 im Gefolge der weit verbreiteten Proteste der Landwirte (z. B. durch die Blockade von Autobahnen mit Traktoren) gegründet wurde, im März mit fast 20 Prozent der Stimmen 15 Sitze im niederländischen Senat gewonnen. Ziel der BBB ist es, den Plan der Regierung zu bekämpfen, die Landwirte von ihrem Land zu vertreiben und die Vieh- und Pflanzenproduktion zu reduzieren – d. h. ihre Lebensgrundlage vor der städtischen Missachtung derjenigen zu schützen, die sie ernähren.

In Europa wird um die Zukunft der Landwirtschaft gekämpft – und in einer Welt, die von der städtischen Politik dominiert wird, werden Landwirte

und andere Landbewohner, deren Lebensunterhalt seit Jahrhunderten mit dem der Landwirte verflochten ist, als „nicht dazugehörig“ betrachtet. Schließlich ernähren sich die Städter heute von stark verarbeiteten Lebensmitteln und lernen Köstlichkeiten wie Kunstfleisch und Grillen kennen.

In den Vereinigten Staaten setzt die Biden-Regierung den Krieg ihres früheren Chefs gegen die Landwirtschaft fort. Laut einer „Studie“, die in den Obama-Jahren mit einem Zuschuss von 10 Millionen Dollar finanziert wurde, sterben durch Feinstaub (Staub- und Rußemissionen) aus landwirtschaftlichen Betrieben jährlich 17.000 Amerikaner. Papperlapapp, sagt die Union of Concerned Scientists und zitiert andere [Studien](#), die behaupten, dass Feinstaub zwischen 100.000 und 200.000 Menschen pro Jahr tötet. Bereits 2011 behauptete EPA-Administratorin Lisa Jackson, Feinstaub sei für ein Fünftel aller Todesfälle in den USA verantwortlich.

Sowohl in Europa als auch in den USA hat der Eifer der städtischen „Intellektuellen“ (Bürokraten), Landwirte und Landbewohner anzugreifen, in dem Maße zugenommen, wie die globalistischen Institutionen an Reichtum und Macht gewonnen haben. Die Machtkonzentration macht es den sehr Reichen leichter, Einfluss zu nehmen, und wie bei den Impfstofftricks der Pharmaindustrie im Zusammenhang mit der Coronavirus-Pandemie scheinen die von der Regierung geschaffenen Regeln immer den Reichen auf Kosten des einfachen Volkes zu nutzen.

Für die Wohlhabenden ist es wenig profitabel, veraltete Wasser-, Abwasser- und Kanalisationsleitungen zu ersetzen, Flüsse und Bäche von der angesammelten Verschmutzung zu befreien oder sogar fließendes Wasser für die Menschen in abgelegenen Gemeinden bereitzustellen. Für die Bürokraten ist es nicht sexy, dem einfachen Volk die Möglichkeit zu geben, sich in gesäuberten Seen und Flüssen zu erholen. Die Vorschriften, die sie den Landwirten und den ländlichen Gebieten auferlegen, haben keinen Einfluss auf ihr Leben.

In Europa und Amerika – und auch in den Entwicklungsländern – kämpfen die Menschen, die von und auf dem Land leben, um ihre Häuser und Familien vor der „Weisheit“ der städtischen Eliten zu schützen. Dies ist letztlich die große Schlacht unserer Zeit. (Anmerkung: KIs brauchen weder Nahrung noch Wasser, um sich zu ernähren).

Autor: [Duggan Flanakin](#) is a Senior Policy Analyst with the Committee For A Constructive Tomorrow. A former Senior Fellow with the Texas Public Policy Foundation, Mr. Flanakin authored definitive works on the creation of the Texas Commission on Environmental Quality and on environmental education in Texas. A brief history of his multifaceted career appears in his book, „Infinite Galaxies: Poems from the Dugout.“

Link:

<https://www.cfact.org/2023/05/15/europeans-war-against-food-ignores-wate>

r-pollution/

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE